

V o r l a g e Nr. 12
für die Sitzung des Fachausschusses „Schulentwicklung“
der Deputation für Bildung
am 27.08.2008

Auswertung der Stellungnahmen der Beiräte der Ortsämter zur Schulentwicklung

A. Problem

Vorrangig ist es Aufgabe des Schulentwicklungsplans, Wege und Maßnahmen zu einer Qualitätsverbesserung bremischer Schulen und des bremischen Schulsystems vorzuschlagen. Sofern davon Schulstrukturen oder Schulstandortstrukturen sowie die Vernetzung mit Einrichtungen auf Stadtteil- oder Ortsteilebene betroffen sein können, berührt dies allerdings die Beteiligungsrechte der Ortsbeiräte oder ihrer Ausschüsse.

Daher hat die Senatorin für Bildung und Wissenschaft die Ortsämter und ihre Beiräte in einer Informationsveranstaltung am 03.04.2008 gebeten, bis zum Schuljahresende im Juli 2008 Stellungnahmen zur Schul- und Schulstandortentwicklung aus der ortsteilbezogenen Sicht an sie zu geben.

Die bremischen Ortsämter haben in der Regel in jeweils mehreren Sitzungen unter breiter Beteiligung fachlicher Öffentlichkeit und Institutionen insgesamt 19 umfangreiche Stellungnahmen erarbeitet und vorgelegt, die zwischenzeitlich den Fachausschussmitgliedern vollständig zugegangen sind.

Soweit die Auswertung dieser Stellungnahmen die Vorbereitungen eines Schulstandortentwicklungsplans betreffen, wird der Fachausschuss in einer gesonderten Berichterstattung auf seiner 12. Sitzung hierüber informiert.

Soweit die Stellungnahmen sich mit grundsätzlichen Fragen der Entwicklung von Schule und Schulsystem befassen und damit Überlegungen und Positionen für einen Schulentwicklungsplan vorlegen, wird im Folgenden darüber berichtet.

B. Sachstand

Die Beiräte sind die Perspektiven der Schulentwicklung in Bremen umfassend angegangen, so dass Hinweise für alle Handlungsfelder gegeben werden, die im Auftrag an den Fachausschuss Schulentwicklung durch die Bremische Bürgerschaft benannt sind.

Die Entwicklungsziele, die in der Koalitionsvereinbarung, der Regierungserklärung vom Juli 2007 und im Bürgerschaftsbeschluss zur Einrichtung eines Fachausschusses finden z.T. breite Zustimmung (s. a. Anlagen):

1. Für **das frühe Lernen** unterstreicht etwa ein Drittel der Stellungnahmen

- die Notwendigkeit, die Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen weiter zu verstärken,
- die frühe Sprachförderung qualitativ zu verbessern und quantitativ zu verstärken,
- die frühe Einschulung weiter zu flexibilisieren.

Mehrfach wird als Voraussetzung für Verbesserungen in diesem Bereich gefordert, die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe und der schulischen Bildung stärker zu verbinden bzw. in einem Ressort zusammenzuführen.

2. Das Entwicklungsziel **längeren gemeinsamen Lernens** findet summarisch deutliche Bekräftigung; in seinen einzelnen Facetten wird es besonders befürwortet im Hinblick auf:

- die Reduzierung der Vielgliedrigkeit, die Vereinfachung des Schulsystem,
- eine Weiterentwicklung der Schulzentren der Sekundarstufe I zu integrativen Schulformen, sowie
- die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern.

3. Die **Kontinuität der individuellen Schülerbiografie** ohne Wiederholungen oder Abstufungen wird in einem Drittel der Stellungnahmen positiv aufgegriffen, an keiner Stelle negativ bewertet.
4. Für den **individuellen Weg zur Allgemeinen Hochschulreife** wird in zwei Dritteln der Beiratsbeschlüsse das kleinregionale Nebeneinander von einem Abitur nach 12 und einem nach 13 Jahren gefordert und eine Erweiterung des Oberstufenangebots bzw. Verbundbildungen mit Oberstufenzentren befürwortet.
5. Höchste Akzeptanz findet der beabsichtigte **Ausbau der Ganztagschulen**; mehrfach wird die Einbeziehung aller Schulen im Ortsamtsbereich gefordert.
6. Als Grundvoraussetzungen für die positive Entwicklung der einzelnen Schule nennt schließlich ein Drittel der Beiräte die **Eigenverantwortung** und eine **sozialraumbezogene Ausstattung der Schulen**.

Da die regionalen Beratungen nicht einem vorgegebenen Raster von Aspekten der Schulentwicklung gefolgt sind, können die so entstandenen Positionen weniger im Sinne von mehrheitlichen oder Minderheitsvoten bewertet werden, sondern sie spiegeln auch den Grad der öffentlichen Aufmerksamkeit, den bestimmte Felder der Schulentwicklung erreicht haben, und erst innerhalb dessen die Tendenz der Zustimmung oder Ablehnung.

Alle Stellungnahmen und Beschlüsse schließen Forderungen nach verlässlicher und verbesserter Ressourcen-, Raum- und Personalausstattung sowie nach Unterstützung durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und das LIS ein.

Die Stellungnahmen der Beiräte nehmen vielfach direkten Bezug auf Anträge oder vorgelegte Überlegungen von Schulen und unterstützen diese bis auf wenige Ausnahmen - ausdrücklich.

C. Beschlussvorschlag

Der Fachausschuss nimmt die Auswertung der Stellungnahmen der Beiräte der Ortsämter zu Fragen der Schulentwicklung zur Kenntnis und dankt den Beiräten und den an den regionalen Diskussionen Beteiligten für ihr Engagement und ihre Unterstützung der Schulentwicklungsplanung.